
Protokoll

Sitzung Nr. 9
 Datum **Mittwoch, 29. November 2017**
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I
 Zeit 18.00 bis 19.40 Uhr

Vorsitz	Hans-Jörg Rothenbühler	BDP 1
1. Vizepräsident	Markus Bacher	FDP 1
Stimmenzählende	Michael Fust	SP 1
	Samuel Tschumi	SVP 1
Mitglieder	Marco Bucheli	
	Markus Burren (<i>ab 18.05 Uhr</i>)	
	Roland Guggisberg	
	Matthias Kobel	
	Niklaus Marthaler	
	Denise Mellert	
	Peter Nussbaum	
	Fritz Pfister (<i>ab 18.15 Uhr</i>)	
	René Ritter	SVP 9
	Markus Dietiker	
	Monika Flückiger-Brunner	
	Rudolf Gerber	
	Kornelia Hässig Vinzens	
	Hans-Jörg Rhyn	
	Petra Spichiger-Röllli	
	Patricia Zangger-Schöni	SP 7
	Martin Doriot	
	Marcel Remund	
	Stefan Stock	
	Johanna Thomann Lemann	FDP 4
Jürg Jenni		
Peter Kofel		
Marceline Stettler-Schwenter		
Annette Tichy-Gränicher		
Bruno Vanoni	GFL 5	
Markus Hadorn	BDP 1	
Andreas Buser		
Mario Morger	glp 2	
André Tschanz		
Karin Walker (<i>ab 18.25 Uhr</i>)	<u>EVP 2</u>	

Abwesend	Patrick Heimann Alain Jenni Bruno Mosimann Philip Steiner, Tharnan Selliah Toni Oesch	FDP 1 GFL 1 SVP 1 SP 2 fdU 1
Vertreter des Gemeinderates	Daniel Bichsel, Gemeindepräsident Peter Bähler Sabine Huber-Spari Kurt Jörg Peter Traber Edi Westphale	
Abwesend	Mirjam Veglio, Vizegemeindepräsidentin	
Sekretär	Stefan Sutter, Gemeindeschreiber	
Beigezogen	Beat Baumann, Bauverwalter zu den Geschäften 65 und 66	
Protokoll	Corinne Roll, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	4	
Anzahl Medien	2	

Geschäfte

63	Pro Protokoll Protokoll vom 18. Oktober 2017	205
64	11.132. Konstituierung Ratsbüro Grosser Gemeinderat 2018; Wahl	205
65	25.321. Verpflichtungskredite Teilsanierung der Turnhallen Sekundarstufe I; Verpflichtungskredit	207
66	25.321. Verpflichtungskredite Sanierung der Verbindungswege Sekundarstufe I; Verpflichtungskredit	209
67	1.92.1 Motionen Motion André Tschanz (EVP) und Mitunterzeichnende betreffend "Übernahme Portokosten bei Abstimmungen und Wahlen"; Erheblicherklärung	211
68	1.92.1 Motionen Motion Marceline Stettler (parteilos/GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Das Bärenareal - prädestiniert für eine autoarme und energiepolitisch vorbildliche Überbauung"; Erheblicherklärung.....	214
69	1.92.1 Motionen Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Freiwilliger Gemeindebeitrag für das Bauprojekt der Blindenschule Zollikofen"; Erheblicherklärung	217
70	1.92.3 Interpellationen Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Fragen zum Stand der Schäferei-Überbauung - ausgelöst durch das erste Baugesuch (Baufeld A)"; Antwort.....	218
71	1.92.3 Interpellationen Dringliche Interpellation René Ritter (SVP) betreffend "Ist die Aktion Rotes Tuch kommunalverträglich?"; Antwort	218
72	1.92. Parlamentarische Vorstösse	

Parlamentarische Eingänge219

GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Die Protokollführerin

Verhandlungen

Begrüssung

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Geschätzter Gemeindepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse Sie zur letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates im diesem Jahr. Speziell begrüssen möchte ich auch Beat Baumann, Bauverwalter, beigezogen zu Traktandum 65 und 66. Im Moment sind 31 Ratsmitglieder anwesend, wir sind beschlussfähig.

Entschuldigt haben sich vom GGR Patrick Heimann (FDP), Alain Jenni (GFL), Philip Steiner (SP) und Toni Oesch (fdU). Vom Gemeinderat ist Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio entschuldigt.

Mitteilungen

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Nach der Sitzung gehen wir im Restaurant im Quadrat essen. Ich wäre froh, wenn wir die Sitzung zügig hinter uns bringen, so dass wir gegen 20.00 Uhr essen gehen können.

Sie haben eine Mail bekommen bezüglich dringliche Interpellation René Ritter (SVP) betreffend "Ist die Aktion Rotes Tuch kommunalverträglich?". Über die Dringlichkeit dieses Vorstosses werden wir unmittelbar nach den Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission und des Gemeinderates befinden.

18.05 Uhr: Markus Burren (SVP) erscheint. Es sind 32 Ratsmitglieder anwesend.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Geschätzter Ratspräsident, geschätzte Damen und Herren, aus aktuellem Anlass informiere ich Sie über den Zwischenstand an der Bernstrasse 3. Einige unter Ihnen haben es heute vielleicht den Online-Medien entnommen. Seit heute Morgen ist die Liegenschaft Bernstrasse 3 illegal besetzt. Wir hatten mit dem bisherigen Mieter die Abmachung, dass er bis Ende Oktober dort wohnen konnte und den Monat November zur Verfügung hatte, um Hab und Gut aus der Liegenschaft zu entfernen. Dieser Termin lief heute ab. Die Wohnungsübergabe hätte stattfinden sollen. Das war aber nicht möglich, weil das Kollektiv, welches die Liegenschaft besetzt, bereits von innen die Türen abgeschlossen hat. Die Schlüssel wurden uns übergeben, wir haben eine Saldoquittung dass keine privaten Gegenstände des bisherigen Mieters im Gebäude sind. Die Besetzer an der Bernstrasse 3 schrieben einen offenen Brief an die Gemeinde Zollikofen und an alle, die an der Besetzung interessiert sind. Er wurde uns heute Morgen übermittelt. Unmittelbar nach Eintreffen des Briefes ungefähr um 08.00 Uhr setzten wir eine verwaltungsinterne Task-Force aus Gemeindeschreiber, Bauverwalter, Finanzverwalter und Bereichsleiterin Sicherheit ein. Eine ständige telefonische Kontaktnahme mit mir im Rathaus Bern war sichergestellt. Wir nahmen daraufhin rechtliche Abklärungen vor, wie in so einem Fall vorzugehen ist. Wir haben das Angebot, interessiert an einem "konstruktiven Dialog" mit der Gemeinde zu sein, angenommen und sind heute Abend um 17.00 Uhr zur Liegenschaft Bernstrasse 3 gefahren. Wir haben mit 17 erwachsenen Personen im oberen Stock der Liegenschaft eine Aussprache oder einen Dialog gehabt. Die Besetzer werden sagen, es sei kein Dialog sondern ein Monolog des Gemeindepräsidenten gewesen. Wir haben ihnen die Missverständnisse und Absichten erläutert. Sie hatten den Eindruck, es käme nächstens ein Investor und wolle dort ein Renditeobjekt bauen. Wir haben ihnen erklärt, dass es sich um eine Zone für öffentliche Nutzung handle und diese Befürchtungen nicht bestehen würden, das sei in allen öffentlich zugänglichen Akten nachzulesen. Wir erläuterten, wie wir zu unserer Entscheid kamen und sagten ihnen ganz klar, dass wir ihr Verhalten nicht tolerieren. Wir prüfen das Ganze nun rechtlich und haben ihnen auch gesagt, dass wir erwarten, dass die Liegenschaft am Montagmorgen um 08.00 Uhr

geräumt ist. Das ist eine Frist von mehr als 48 Stunden, weil das Wochenende darin eingebettet ist. Die Personen sind der berndeutschen Sprache mächtig und haben demnach verstanden, um was es geht.

Das ist der aktuelle Stand, wir werden die rechtlichen Schritte weiter einleiten. Wir erklärten ihnen auch, dass das keine Idee des Gemeinderates alleine sei, wir waren mit zwei Gemeinderäten und zwei Abteilungsleitenden vor Ort und erläuterten ihnen, dass der Gemeinderatsentscheid mehrfach geprüft wurde. Wir hatten in diesem Verfahren drei rechtliche "Schienen": Die Mietrechtliche, sie war bald geklärt, indem wir mit dem Vormieter einen Modus fanden, dass er eine Mietverlängerung bis Oktober erhält und bis Ende November räumen muss. Das wurde einvernehmlich ohne Schlichtungsstelle geregelt.

Der zweite Punkt war die zuständigkeitsrechtliche Frage, beziehungsweise ob der Gemeinderat zuständig gewesen sei. Auch hier gab es Beschwerdeentscheide, die zwischenzeitlich in Rechtskraft erwachsen sind.

Der dritte rechtliche Punkt war der baupolizeiliche. Die Abbruchbewilligung wurde vom Regierungsstatthalter ausgestellt, die Rechtskraft läuft in diesen Tagen ab oder ist heute abgelaufen, so dass man zum Vollzug kommen kann.

Wir erklärten den Besetzern auch, dass das Thema nicht nur auf diesen drei rechtlichen "Schienen" abgehandelt wurde, sondern auch politisch. Dass das, was auch sie in die Waagschale geworfen haben wie "mehr billiger Wohnraum", bzw. "Zerstörung von günstigem Wohnraum" auch in einer Volksmotion Thema gewesen sei. Wir erklärten, dass eine Volksmotion dann eine Debatte im Parlament ermöglicht und dass hinter dem allem demokratische Entscheide stehen würden.

Im Verlauf des Gesprächs stellten wir fest, dass demokratische Entscheide für die Besetzer nicht das Mass aller Dinge sind. Im Gegensatz zu uns, die wir dieses Staatsverständnis weitgehend verankert und verinnerlicht haben. Hier sehe ich unüberwindbare Differenzen in Bezug auf das Verständnis, wie in unserem Land die Dinge zu laufen haben.

Wir werden morgen früh nochmals eine Lagebeurteilung machen, die getroffenen rechtlichen Abklärungen dabei einfließen lassen und danach die nötigen rechtlichen Schritte einleiten.

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Ich habe noch eine Pendeuz aus dem Bestattungs- und Friedhofreglement. Sie erinnern sich: In der Verordnung ging es um die Beschriftung bei der unentgeltlichen Bestattung. In einer ersten Lesung verzichteten wir auf eine Beschriftung. Diese Woche hatten wir das Thema nochmals im Gemeinderat, nachdem vorgängig die Sicherheitskommission darüber befunden hat. Wir haben folgende Lösung: Da die bestehenden Stelen sowieso demnächst voll sind und es neue Stelen braucht, werden wir eine neue Art von Stelen einführen. Die Namen werden nicht mehr in Stein gemeisselt, sondern auf Schilder graviert. Dies ist kostengünstiger als bisher und zudem können wir so auch bei der unentgeltlichen Bestattung weiterhin die Namen der verstorbenen Personen anbringen.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Wir kommen nun zur dringlichen Interpellation René Ritter, SVP, betreffend "Ist die Aktion Rotes Tuch kommunalverträglich?". Es geht einzig und allein darum, im jetzigen Stadium der Sitzung über die Dringlichkeit zu beraten und zu entscheiden, nicht aber über die Inhalte. Ich erteile dem Interpellanten das Wort, damit er die Dringlichkeit begründen kann.

René Ritter (SVP): Ob dringlich oder nicht, der Vorstoss wurde ja bereits beantwortet und darüber bin ich froh. Ich habe Dringlichkeit verlangt, weil es um eine aktuelle Debatte im Grossen Rat geht.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Der Gemeinderat bejaht die Dringlichkeit. Es macht keinen Sinn, die Frage weiter aufzuschieben und erst im Januar darüber zu befinden. Niemand weiss dann mehr, weshalb rote Tücher an den Schulhäusern hängen.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Wir stimmen ab und falls Sie annehmen, wird das Geschäft unter Traktandum 5.5 bei den Parlamentarischen Eingängen behandelt.

Beschluss (mehrheitlich)

Der Antrag auf Dringlichkeit der Interpellation René Ritter (SVP) betreffend "Ist die Aktion Rotes Tuch kommunalverträglich?" wird angenommen.

Traktandenliste

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Gibt es Änderungsanträge in Bezug auf die Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit behandeln wir die Geschäfte in der vorgegebenen Reihenfolge.

18.15 Uhr: Fritz Pfister (SVP) erscheint. Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

63 Pro Protokoll

Protokoll vom 18. Oktober 2017

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Gibt es Anträge auf Berichtigungen? Das ist nicht der Fall.

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

64 11.132. Konstituierung

Ratsbüro Grosser Gemeinderat 2018; Wahl

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Eintreten auf das Geschäft ist vorgegeben. Ich lese Ihnen die Geschäftsberatung nicht herunter, wir gehen direkt zu den Wahlen. Zu wählen sind:

- a Präsidentin oder Präsident des Grossen Gemeinderates
- b 1. Vizepräsidentin oder 1. Vizepräsident
- c 2. Vizepräsidentin oder 2. Vizepräsident
- d Zwei Stimmzählerinnen oder Stimmzähler

Der Vorsitzende stimmt mit. Wir kommen zur Wahl des GGR-Präsidiums für das Jahr 2018. Ich erwarte Wahlvorschläge.

Marcel Remund (FDP): Die FDP-Fraktion schlägt Markus Bacher vor.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl

Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Markus Bacher (FDP) gewählt als Präsident des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2018.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Ich gratuliere dir, Markus, zu dieser ehrenvollen Wahl und freue mich, dass der GGR 2018 unter deinem Vorsitz tagen wird. Es macht

Spass: Du wirst von Leuten gegrüsst auf der Strasse, die du vorher noch nie gesehen hast, du wirst zu Apéros eingeladen, zu denen du sonst nicht eingeladen worden wärst. Und das Gute ist, ich als Hundebesitzer kann nach dem Ende meiner Amtszeit wieder in den Trainerhosen mit dem Hund laufen gehen. In meiner Amtszeit habe ich mich das nicht getraut.

Marcel Remund (FDP): *(Anmerkung der Protokollführerin: Applaus. Marcel Remund betritt mit Geschenken die Bühne und geht zu Markus Bacher).* Ich möchte dir herzlich gratulieren, Markus. Als Ratspräsident wirst du kaum übersehen werden und wir haben dir ein kleines Präsent mitgebracht, aber als Velofahrer und Jogger könnte dieses Leuchtband sicher von Nutzen sein. Zum zweiten Geschenk: Die Zeit in deinem Präsidentschaftsjahr wird sicher knapp bemessen sein, aber hoffentlich reicht es trotzdem für einen Badespass im Westside.

Markus Bacher (FDP): Danke vielmals. Danke auch für das Vertrauen. Da ich im nächsten Jahr genug Zeit zum Reden habe und ihr mir dann zuhören müsst, verzichte ich jetzt auf eine grossartige Dankesrede. Ich mache das im nächsten Jahr und werde das traktandieren. Dann werde ich die Zeit nutzen um mal etwas länger reden zu können.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Ich erwarte Wahlvorschläge für das 1. Vizepräsidium.

Markus Dietiker (SP): Wir schlagen unseren Rudolf Gerber als 1. Vizepräsidenten vor.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl

Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Rudolf Gerber (SP) gewählt als 1. Vizepräsident des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2018.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Ich gratuliere Ruedi zu seiner Wahl *(Anm. d. Protokollführerin: Applaus).*

Rudolf Gerber (SP): Eigentlich wollte ich es vor der Wahl schon sagen, damit Sie sich das nochmals überlegen können. Sie haben mich nun aber gewählt, das ist eine grosse Ehre, ich freue mich.

Wie Sie vielleicht bemerkt haben, brauche ich ein Hörgerät. Sollte ich im nächsten Jahr dann mal Markus als Präsidenten vertreten müssen, als Erster gilt es ja ernst, so bräuchte ich dann Ihre Hilfe. Bitte benützen Sie das Mikrofon und seien Sie mir nicht böse, wenn Sie das Eine oder Andere wiederholen müssten, weil ich es vielleicht nicht verstehen werde. Mit Ihrer Hilfe sollte es mir aber gelingen, die Stellvertretung von Markus korrekt und mit dem gebührenden Respekt wahrnehmen zu können *(Anm. d. Protokollführerin: Applaus).*

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Ich erwarte Wahlvorschläge für das 2. Vizepräsidium.

Markus Burren (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt Sam Tschumi vor.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Wird dieser Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl

Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Samuel Tschumi (SVP) gewählt als 2. Vizepräsident des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2018.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Ich gratuliere herzlich (*Anm. d. Protokollführerin: Applaus*). Wir kommen zur Wahl von zwei Stimmzählenden. Ich erwarte Wahlvorschläge.

Markus Burren (SVP): Die SVP-Fraktion schlägt Niklaus Marthaler vor.

Markus Dietiker (SP): Die SP-Fraktion schlägt Michael Fust vor.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Werden diese Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall.

Wahl

Da nicht mehr Personen vorgeschlagen werden als Sitze zu besetzen sind, erklärt der Vorsitzende Michael Fust (SP) und Niklaus Marthaler (SVP) gewählt als Stimmzähler des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2018.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Ich gratuliere den Vorgeschlagenen zu ihrer Wahl (*Anm. d. Protokollführerin: Applaus*).

65 25.321. Verpflichtungskredite

Teilsanierung der Turnhallen Sekundarstufe I; Verpflichtungskredit

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

GPK-Sprecher Jürg Jenni (GFL): Offensichtlich bestehen Abhängigkeiten zwischen den drei Projekten Turnhallen, Verbindungswege und Aula. Was sind die Vor- und Nachteile für die Behandlung als drei einzelne Projekte gegenüber einem Gesamtprojekt?

Welches sind die baulichen und finanziellen Konsequenzen, wenn eines der beiden Geschäfte, Turnhallen und Verbindungswege abgelehnt und eines angenommen wird?

Beim Turnhallen-Geschäft schreibt die Finanzkommission in ihrer Stellungnahme von einer Abschreibungsdauer bei Hochbauten von 33,33 Jahren. Bei den Verbindungsweegen von 25 Jahren, jedoch auch mit der Bezeichnung "Abschreibung Hochbauten". Worin besteht der Unterschied?

Einer Offerte wird entnommen, dass der Bau asbesthaltig sein könnte. Wurde das näher überprüft? Wie lautet das Ergebnis?

Gemeinderat Peter Traber (SP): Ich vertrete dieses Geschäft für Mirjam Veglio, sie ist heute Abend entschuldigt. Sie beraten heute Abend zwei Geschäfte, welche Sanierungsarbeiten an der Anlage der Sekundarstufe beinhalten. Wie in der Ausgangslage von Bericht und Antrag beschrieben, bestehen unter den Projekten keine Abhängigkeiten. Aus Transparenzgründen wurden aber alle anstehenden Projekte der Gesamtschulanlage aufgezeigt. Über jede Vorlage kann unabhängig und ohne Kostenfolge entschieden werden. Selbstverständlich werden die Projekte koordiniert und die Schnittstellen sauber abgestimmt.

Die beiden Turnhallen der Sekundarstufe sollen mit dem vorliegenden Geschäft instandgesetzt werden. Heute bestehen Mängel am Hallenboden, an den Wänden und an den Reckanlagen. Mit einem Teilsanierungspaket sollen diese Defizite behoben und die Turnhallen den aktuellen Sicherheitsanforderungen angepasst werden. Die einzelnen Sanierungsmassnahmen sind im Bericht und Antrag beschrieben. Es ist wichtig, dass die Massnahmen jetzt umgesetzt werden können, damit der Schul- und Vereinssport weiterhin uneingeschränkt betrieben werden kann.

Zu den Fragen der GPK: Zu den Abhängigkeiten habe ich mich bereits eingangs geäussert; es bestehen grundsätzlich keine. Nach dem Verbot der Zusammenrechnung dürfen Ausgaben, die zueinander in keiner sachlichen Beziehung stehen, nicht zusammengerechnet werden. Daher ist die getrennte Behandlung und Beschlussfassung zwingend.

Ein unterschiedlicher Abstimmungsausgang bei den beiden Geschäften zur Sekundarstufe führt zu keinen baulichen oder finanziellen Konsequenzen. Die Abschreibungsdauer wurde gemäss den einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeverordnung vorgenommen.

In der Offerte für den geprüften Beleuchtungsersatz ist ein Vorbehalt betreffend Asbest enthalten. Dies bezieht sich auf die vielerorts angewandte Ummantelung der FL-Leuchtenkästen mit asbesthaltigem Material. Dieser Asbest ist aber gebunden und stellt im Betrieb keine Gefahr dar. Daher wurde auf eine eingehende Untersuchung verzichtet. Erst beim tatsächlichen Leuchtensersatz müsste dies genauer geprüft und der Asbest fachgerecht entsorgt werden.

Der Gemeinderat würde sich freuen, wenn Sie dem Geschäft zustimmen würden.

Martin Doriot (FDP): Die FDP kann den Bedarf und den Umfang der Teilsanierung Turnhalle nachvollziehen. Es geht hier um ein berechtigtes Anliegen im Sinne der vielen Schulkinder und der Turn- und Sportvereine, die regelmässig dort trainieren. Deshalb unterstützen wir die Vorlage sehr gerne.

18.25 Uhr: Karin Walker (EVP) erscheint. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Peter Kofel (GFL): Die GFL-Fraktion unterstützt den Antrag auch und wird ihm zustimmen. Zu den Investitionen muss man Sorge tragen und sie angemessen erneuern. Trotzdem stellen wir uns Fragen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Geschäfte 65 und 66 nicht zusammenhängen. Aber wie sieht es mit den Wasserschäden aus? Wenn man theoretisch der Sanierung Verbindungsweg nicht zustimmen würde, müssten ja die Schäden trotzdem behoben werden? Das gäbe dann Zusatzkosten. Aber dies nur am Rande.

Im Antrag wird auf die vielfältige Nutzung hingewiesen, zum Beispiel die Aufteilung für zwei Sportarten parallel. Wir gehen davon aus, dass die Hallenboden-Markierungen entsprechend ausgeführt werden.

Im Antrag wird auch auf das neue Befestigungssystem hingewiesen. Auch hier nehmen wir an, dass alle Anpassungen, zum Beispiel bei den Netzen, schon einberechnet worden sind und wir hier nicht mit Zusatzkosten rechnen müssen.

Bei der LED-Beleuchtung ist ein Betrag von Fr. 110'000.00 erwähnt worden, soviel würde es kosten. Das erscheint uns extrem hoch. Jeder kann bereits heute bestehende Fassungen auf LED umrüsten. Die entsprechenden LED-Lampen und Starter können im Grosshandel für ungefähr Fr. 25.00 pro Set gekauft werden. Sie verfügen über dieselben Leistungsdaten wie die eingesetzten Röhren und können in die bestehenden Fassungen eingesetzt werden. Für Fr. 110'000.00 könnte man sehr viele solcher "Umrüst-Kits" kaufen und installieren.

Welche Luxuslösung wurde hier berechnet? Ist die Variante Umrüstung geprüft worden? Fallen diese Kosten später an? Werden die Vorbereitungsarbeiten für eine spätere Umrüstung jetzt schon gemacht bei dieser Teilsanierung? Es sollte nichts gemacht werden, was einer späteren Umrüstung im Weg steht.

René Ritter (SVP): Die SVP steht hinter dieser massvollen Sanierung der viel genutzten Turnhallen der Sekundarstufe. Wir wollen auch nicht das Haar in der Suppe suchen. Einzig die Notwendigkeit des Ersatzes der Tore zu den Geräteräumen hat uns nicht ganz überzeugt. Ein Versagen der Halteseile scheint doch ziemlich hypothetisch und wir hoffen, dass diese auch heute schon regelmässig überprüft werden.

Wir haben es schon von der GFL gehört und auch wir sind der Meinung, dass das eine Luxuslösung ist, die für die Sanierung der Beleuchtung angeschaut wurde. Wir sind froh, dass man hier nicht dreinschiesst, zumal auch noch das Risiko von Asbestbelastung besteht. Das Thema ist nicht vom Tisch. Wir sind der Meinung, dass eine solche Umrüstung im ordentlichen Unterhalt gemacht werden kann, also der Ersatz von Leuchtstoffröhren durch LED-Röhren. Mindestens sollte das geprüft werden.

Ich habe Erkundigungen bei anderen Gemeinden eingeholt: Die Gemeinde Worb hat zwei Turnhallen auf LED umgerüstet: im Worboden und im Schulhaus Wyden. Die Resultate sind gut. Am Boden beträgt die Helligkeit im Durchschnitt 300 Lux. Das ist mehr als vorher. Seinerzeit kostete eine LED-Röhre noch Fr. 70.00. Heute sind sie um die Fr. 25.00, ich weiss es nicht genau. Tatsache ist, dass die Röhren eine höhere Lichtleistung haben als diese, die in Worb verwendet wurden. Worb ist bereit, die Erfahrungen zu teilen und steht für eine Besichtigung zur Verfügung.

In Ittigen wird ein LED-Ersatz ebenfalls geprüft. Das wäre also ein Geschäft, bei dem eine gemeinsame Beschaffung geprüft werden könnte

Beat Baumann, Bauverwalter: Was wir gerechnet haben, ist eine komplette Umrüstung auf komplette LED-Technologie. Nicht nur eine "einfache" Umrüstung, das ist etwas anderes. Bei der Umrüstung ersetzen wir effektiv die Röhren und haben LED-Technologie drin und haben auch eine gewisse Einsparung. Aber wir haben nie so viele Einsparungen, wie wenn das ganze System umgerüstet wird. Die ganzen verbauten Vorschaltgeräte sind eben immer noch drin und verbrauchen nach wie vor Strom und es läuft alles noch über sie. Das ist eine Zwischenlösung. Auf der Anlage der Sekundarschule haben wir ein paar solche Röhren testweise eingebaut und wir möchten die Entwicklung, bzw. die Resultate dort abwarten. Wir haben nicht Angst, die LUX nicht auf den Boden zu bringen, sondern eher, dass der Energiespareffekt nicht so ist, wie man es sich dann von einer LED-Leuchte gewohnt ist und erwartet.

Bei den Fr. 110'000.00 haben wir ein System, wie wir es in der Mehrzweckhalle Geisshubel verbaut haben. Komplette LED-Technologie mit extrem tiefem Verbrauch und sehr guter Lichtwirkung, ohne dass es zu einem Blendeffekt kommt. Solche Beleuchtungen können auch stufenlos gedimmt werden, es braucht ja auch nicht für jede Sportart dieselbe Ausleuchtung.

Warum ist das so teuer? Entweder beschafft man eine Beleuchtung, massgeschneidert auf die heute bestehenden Löcher, so wie jetzt mit den bestehenden Röhren, das kostet entsprechend Geld. Oder man kauft ein Normprodukt ein und passt die ganze Decke an. Es kostet beides ungefähr gleichviel, steht aber in keinem Verhältnis zum Nutzen, der daraus gezogen werden kann. Ich kann Sie aber beruhigen: Mit dieser Sanierung wird nichts gemacht, was einer allfälligen sinnvollen Nachrüstung widersprechen würde. Bei der Installation bleibt alles, wie es ist und man kann auch spätere Lösungen umsetzen, eine weiterentwickelte Technik verbauen. Irgendwann kommt vielleicht auch der Moment, wo Bedarf an einem Deckensystem besteht und dann sieht die Rechnung wieder anders aus.

Beschluss (mehrheitlich)

Der Verpflichtungskredit von Fr. 185'000.00 (inkl. MWST) für die Teilsanierung der Turnhallen Sekundarstufe I wird zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 2170.5040.07) bewilligt.

66 25.321. Verpflichtungskredite

Sanierung der Verbindungswege Sekundarstufe I; Verpflichtungskredit

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Wird das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Das zweite Geschäft zur Sekundarstufe betrifft die Verbindungswege zwischen den einzelnen Schulhaustrakten. Eine komplette Sanierung ist vorgesehen. Diese Arbeiten sind nötig, da Wasser durch die schadhafte Abdichtung unter den Wegen in die Untergeschosse der Schulanlage eindringt. Dazu muss die Konstruktion aufgebrochen und vollständig neu aufgebaut werden. Die Bauarbeiten sind relativ aufwändig und daher auch kostenintensiv. Die einzelnen Sanierungsabschnitte mit den entsprechenden Massnahmen sind im Bericht und Antrag beschrieben. Die Arbeiten müssen in Angriff genommen werden können, damit das Schadenausmass nicht grösser wird. Der Gemeinderat würde sich freuen, wenn Sie dem Geschäft zustimmen.

Johanna Thomann (FDP): Wer A sagt, sagt auch B. Also muss zu B, diesem hohen Betrag, an dem die FDP schluckt, auch ja gesagt werden. Weil Abhängigkeiten, die zwar bestritten werden, doch irgendwie bestehen. Die Frage der FDP wäre hier die Abfolge der Sanierungen: Wird zuerst die Turnhalle und nachher die Wege gemacht? Ist das sinnvoll? Und die zweite Frage wäre, ob dieser Riesenbetrag auch schon 2018 verbaut wird bei der Sanierung der Turnhalle.

Mario Morger (glp): Es handelt sich um Richtofferten mit einer Genauigkeit von +/- 25 %. Inwieweit ist mit dieser Ungenauigkeit zu kalkulieren bzw. werden noch genauere Offerten eingeholt und kann die Sanierung dadurch evtl. günstiger ausgeführt werden?

Markus Hadorn (BDP): Wir waren über die Fr. 860'000.00 erstaunt. Wenn ich zurückrechne: im Finanzplan für das nächste Jahr haben wir noch über 1 Mio. Franken für die Sanierung der Aula. Müsste man dies nicht zusammennehmen? Wenn man das zusammenrechnet, kommt man irgendwann auf 2 Mio. Franken und dann müsste es vor das Volk. Nur, dass nicht der Vorwurf der Salamtaktik aufkommt. Deshalb wäre es gut, wenn im Vorfeld die rechtlichen Konsequenzen abgeklärt würden.

Michael Fust (SP): Ich habe vorher meinen Einsatz bei den Fraktionsvoten verpasst, deshalb komme ich jetzt. Wir haben auch etwas gestaunt, dass die Sanierung der Verbindungswege mit Fr. 860'000.00 zu Buche schlägt, aber wir haben es gehört: Wer A sagt, muss B sagen. Der Gemeinderat sagte es im Eingangsvotum wir haben Schäden durch Wassereintritt, die bei den Verbindungswegen entstehen, die an Fensterfronten, Stützen und so weiter Schäden verursachen. Wenn wir diese nicht angehen, werden sie grösser, entsprechend macht diese Sanierung Sinn. Es macht auch Sinn, dass man das zusammen mit den anderen Sanierungen plant, um Synergien nutzen zu können. Wermutstropfen aus unserer Sicht: Es ist im Bericht erwähnt, dass die unterkellerten Bereiche nicht mit einer stärkeren Wärmedämmung versehen werden können. Wir verstehen aber die Begründung wegen der Aufbauhöhe, die problematisch wäre.

Die SP-Fraktion erachtet es als sinnvoll, Zuwarten ist nicht angesagt und deshalb stimmen wir dem Geschäft zu.

Beat Baumann, Bauverwalter: Ich fange mit dem Zusammenhang der drei Vorlagen an. Man kann über jede Vorlage separat abstimmen, weil sie doch unabhängig voneinander sind. Wir können die Turnhalle sanieren ohne die Verbindungswege zu sanieren. Wir können diese sanieren, ohne an der Aula etwas zu machen. Jedes Geschäft ist unabhängig. Wir haben in der Turnhalle gewisse Feuchtigkeitseintritte. Wenn die Verbindungswege abgelehnt würden, könnte man es alternativ lösen. Es ist technisch machbar und sie sind weder baulich noch aus betrieblichen Gründen voneinander abhängig. Die betrieblichen Gründe spielen dann im Bauablauf eine Rolle. Das müssen wir im Detail anschauen, wie wir das machen. Deshalb kann ich auch noch keine Auskunft zum Bauablauf geben. Die Grobplanung ist gemacht, wenn wir im Januar aber über alle drei Geschäfte entschieden haben, müssen wir das dann im Detail aufeinander abstimmen. Ob Sie der Sanierung der Aula im Januar zustimmen, hat auf dieses Geschäft keinen Einfluss. Wir können die Turnhalle genauso machen. Es ist zudem schlichtweg verboten, eine Gesamtvorlage zu machen. Das kantonale Recht sagt dort klar, dass die Kredite nicht zusammengerechnet werden dürfen und es darf auch nicht gesamthaft darüber abgestimmt werden. Weil die Geschäfte keine Abhängigkeiten untereinander haben. Eben weil wir uns nicht dem Vorwurf der Salamtaktik ausliefern wollen, haben wir es so deklariert, dass im Zeitraum von zwei Jahren drei Vorlagen anzugehen sind, die groben Summen sind alle im Investitionsplan enthalten.

Zur Offerte: Es sind selbstverständlich Richtofferten und wir werden natürlich die ordentlichen Beschaffungsverfahren durchführen, bei allen Geschäften. Dort haben wir noch gar nichts gemacht, weil die Verbindungswege terminlich später angedacht sind. Hier sind wir bei einer Summe, die voraussichtlich öffentlich ausgeschrieben werden muss. Das gibt eine schweizweite Ausschreibung und dort kann es noch Potential haben.

Beschluss (mehrheitlich)

Der Verpflichtungskredit von Fr. 860'000.00 (inkl. MWST) für die Sanierung der Verbindungswege Sekundarstufe I wird zu Lasten der Investitionsrechnung (Konto 2170.5040.05) bewilligt.

67 1.92.1 Motionen

Motion André Tschanz (EVP) und Mitunterzeichnende betreffend "Übernahme Portokosten bei Abstimmungen und Wahlen"; Erheblicherklärung

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Das Eintreten auf das Geschäft ist vorgegeben, die Antwort des Gemeinderates liegt vor, das Wort hat der Motionär.

André Tschanz (EVP): Ich möchte dem Gemeinderat für die Antwort danken, auch wenn ich eine andere Meinung habe. Ich möchte ein paar Gründe aufzählen, warum die Gemeinde nach wie vor für die Portokosten aufkommen sollte. Wir möchten sicher alle, dass ein möglichst grosser Teil der Bevölkerung am politischen Geschehen teilnehmen kann und abstimmen und wählen kann. Das sollte uns etwas wert sein. Schon bald wird das Betagtenheim an die Bernstrasse verlegt. Die älteren Personen, die bis jetzt den Weg bis zum Briefkasten der Gemeindeverwaltung auf sich genommen haben, werden das nicht mehr so einfach tun können. Mit einem portofreien Abstimmen können wir ihnen nach wie vor eine bequeme Möglichkeit bieten, am politischen Geschehen teilzunehmen. Die Jugendlichen haben das virtuelle Jugendparlament. Elektronisch abstimmen können wir momentan noch nicht, aber mit dem portofreien Abstimmen können wir ihnen einen Anreiz geben, vom Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Heutzutage ist es nicht mehr selbstverständlich, dass man zuhause Briefmarken hat. Denken wir auch an Bewohnende, die nicht zentral wohnen: auch ihnen bringt es Vorteile, wenn sie das Couvert einfach in den nächsten Briefkasten werfen können. In der Studie, welche in der Antwort des Gemeinderates erwähnt wird, sind es immerhin 2 % der Bevölkerung mehr, die sich beteiligen, wenn das Porto übernommen wird. Das wären in Zollikofen 130 Personen, das ist nicht schlecht, oder?

Es sind nur wenige Gemeinden, die im Kanton Bern das portofreie Abstimmen anbieten, Zollikofen ist eine der wenigen. Darauf können wir noch stolz sein und das darf uns auch etwas kosten. Ich freue mich, wenn sie die Motion unterstützen und zustimmen.

Edi Westphale (GFL): Ich mache es kurz und relativ emotionslos: Der Gemeinderat hat im Rahmen der Aufgabenüberprüfung alles angeschaut und geprüft und hat auch Streichungen vorgenommen, die auf den ersten Blick etwas befremden. Kleinvieh macht aber auch Mist und das ist der Grund, weshalb wir der Meinung sind, dass wir hier eine vertretbare Einsparung machen können. Wir bitten Sie, die Motion nicht zu unterstützen.

Petra Spichiger (SP): Die SP hat diese Motion lange kontrovers diskutiert. Wir sind uns klar bewusst, dass eine Einsparung von Fr. 7'500.00 eine nette Sache ist. Aber wie wichtig ist es uns, dass die Bevölkerung von Zollikofen sich minimal politisch engagieren kann? Ich meine, wie viel wert ist es uns? Nichts? Nein. Fr. 7'500.00 sind ungefähr 75 Rappen pro Einwohner. Und das sollte es uns doch wert sein?

Wenn wir diese Fr. 7'500.00 einsparen, setzen wir gegen aussen das Zeichen: Uns ist es nichts wert, dass Sie abstimmen. Im Politikplan haben wir den Leitsatz 1: *"Wir alle nehmen gerne am Gemeindegesehen teil."* Ja, wenn wir hier sparen, unterstützen wir dann den Leitsatz? Nein, überhaupt nicht. Die Mehrheit der SP-Fraktion ist der Meinung, dass es eine Grundhaltung gegenüber der Bevölkerung aufzeigt, wenn wir sparen oder eben nicht. Engagement wird erwartet, aber bitte auch noch dafür bezahlen. Das ist nicht die Haltung, die wir möchten. Wir möchten, dass sich möglichst viele Leute am politischen Geschehen beteiligen. Uns ist es diese 75 Rappen pro Einwohner wert. Und ja, auch wir sind bereit zu sparen, aber nicht bei der Übernahme der Portokosten. Wir sind der Meinung, dass Politik etwas Wichtiges

ist und deshalb möchten wir das gerne beibehalten. Eine Mehrheit der SP-Fraktion wird diese Motion erheblich erklären.

Samuel Tschumi (SVP): Die Motion von André Tschanz und Mitunterzeichnende möchte, dass die Gemeinde die Übernahme der Portokosten bei Abstimmungen und Wahlen beibehält. Wir befinden uns in einer Zeit, in der in verschiedensten Orten auf der Welt Unruhen in der Bevölkerung festgestellt werden. Vielfach sind es Staatsformen, die sich grundsätzlich von unseren unterscheiden. Menschen müssen kämpfen, dass sie an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen können. In der Schweiz können wir darauf vertrauen, dass nicht bereits im Voraus feststeht, dass die regierende Partei weiterhin besteht, weil die Opposition am Abstimmen gehindert wird.

Denken Sie angesichts der vorliegenden Motion noch einmal darüber nach: Wir haben hier das Recht, uns an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen. Meiner Meinung nach erwächst daraus auch die Pflicht, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, sie zu verfolgen und am betreffenden Sonntag auch den Stimmzettel abzugeben. Sollten wir nicht stolz sein auf das System? Sollte es uns nicht wert sein, diese Fr. 5.50 innerhalb eines Wahljahres für unsere direkte Demokratie auszugeben? Es sind nicht die Einwohner, die zählen, sondern die Stimmberechtigten, beziehungsweise die Couverts. Es kostet immer noch Fr. 1.10 pro Couvert. In der Gemeinde Zollikofen gibt es verschiedene Möglichkeiten abzustimmen. Man kann das Couvert bei der Gemeindeverwaltung in die Urne werfen während zwei bis drei Wochen. Man kann es per Briefpost schicken oder in den Briefkasten der Gemeindeverwaltung werfen bis um 10.00 Uhr am Abstimmungssonntag. Das wurde aufgrund eines SVP-Vorstosses erreicht. Oder man kann hier in der Aula oder im Steinibachschulhaus die Unterlagen von 10.00 - 12.00 Uhr abgeben. Bei so vielen Varianten ist es offensichtlich, dass die Motion nicht erheblich erklärt werden muss. Die meisten Bürger haben genügend kostenlose Möglichkeiten, ihre Unterlagen abzugeben. Zum Argument des Standortvorteils sollten wir alle kurz reflektieren, auf welcher Position unserer Prioritätenliste die Übernahme des Portos ist, wenn man nach Zollikofen ziehen will. Bei mir irgendwo zwischen 50 und 100.

Noch kurz zum Argument der Stimmbeteiligung: Wer die Unterlagen genau studiert hat, wird erkennen, dass das kein Argument ist. Die Gemeinde Zollikofen steht im Vergleich mit 23 anderen Gemeinden auf Platz 6. Im Vergleich zur zweiten Gemeinde, die die Portokosten noch übernimmt sagt man auch, dass Zollikofen eine mehr als 6 % höhere Stimmbeteiligung hat. Das wird sich nach der Abschaffung der Übernahme auch nicht ändern. Die Gemeinden Muri und Köniz haben das im Jahr 2016 und 2014 gemacht und haben immer noch über 50 % Stimmbeteiligung. Die SVP-Fraktion wird die Motion nicht erheblich erklären und bittet zusätzlich alle, das auch so zu machen um sich an die eigenen Voten anlässlich der Budgetsitzung zu erinnern.

Markus Bacher (FDP): Wir mussten nicht so lange diskutieren. Wir unterstützen Entscheidung und Meinung des Gemeinderates, wir sind für die Nichterheblichkeitserklärung. Es ist schön zu hören, dass es Leute gibt, die immer noch den Briefmarken vertrauen. Man kann dem Postangebot aber auch entnehmen, dass es SMS-Briefmarken gibt. Ich kann sie vom Handy aus überall beziehen. Was ganz lässig ist: man kann von zuhause aus noch eine Grussbotschaft zum Beispiel an den GGR drucken, oder ein Bild von mir, wenn ich das möchte. Aus der Forschung weiss man auch, dass ältere Menschen nicht unbedingt in Watte gepackt werden und von allem entbunden werden sollten. Sondern dass man sie integriert und ihnen Aufgaben gibt. Ich bin überzeugt, dass sicher gute Lösungen gefunden werden, wie dieses Couvert doch noch in die Abstimmungsurne findet.

Annette Tichy (GFL): Unsere Fraktion war sich zu Beginn nicht ganz einig ob die Motion unterstützt werden soll oder nicht. Die Argumente in der Diskussion waren mehr oder weniger dieselben, die von den Vorrednerinnen und Vorrednern erwähnt wurden.

Dafür: der Dienst an den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, das Sparpotential ist nicht gross. Die Studie hat aufgezeigt, dass die Abschaffung der Vorfrankierung zu einem Rückgang der Stimmbeteiligung geführt hat und gerade für behinderte und betagte Personen wird so eine bequeme Stimm- oder Wahlmöglichkeit eingeschränkt.

Dagegen: auch wenn es nur gering ist, es ist ein Sparpotential, viele andere und vergleichbare Gemeinden haben diesen Schritt auch gemacht. Häufig entscheidet nicht das Porto, sondern der Inhalt der Vorlage über die Stimmbeteiligung und die meisten Haushalte haben tatsächlich Briefmarken vorrätig, der kostenlose Gang zu Urne und Gemeindebriefkasten bleibt weiterhin möglich. Und falls es aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist, findet man sicher eine hilfsbereite Person, die das übernimmt.

Apropos andere Gemeinden: Wir schätzen die Arbeit des Gemeinderates mit der Liste der vergleichbaren Gemeinden. Aber wir erachten sie bei der aktuellen Fragestellung als nicht sehr sinnvoll. Es wäre aussagekräftiger, die Stimmbeteiligung einer oder mehrerer Gemeinden vor oder nach der Abschaffung der Portokosten zu vergleichen. Schlussendlich hat sich die Fraktion zur Erheblicherklärung entschieden und zwar aus grundsätzlichen Überlegungen.

Zu unserem Grundverständnis von Demokratie gehört es, nicht nur gewisse Rechte zu gewährleisten sondern auch bei ihrer Ausübung keine zusätzlichen Hindernisse in den Weg zu legen. Nachdem sich die briefliche Stimmabgabe gut etabliert hat und die Regel und nicht nur die Ausnahme darstellt, wäre eine Abschaffung der Vorfrankierung ein Rückschritt. Ein wertvoller, von der Bevölkerung sehr geschätzter Service public würde wegfallen. Für mich als anfängliche Skeptikerin der Motion war ein Votum meines jungen Fraktionskollegen Alain Jenni ausschlaggebend, er ist heute leider nicht da. Er versicherte glaubhaft, dass viele seiner gleichaltrigen Kolleginnen und Kollegen nur mit Mühe dazu zu bewegen seien, abzustimmen oder zu wählen. Und wenn sie jetzt auch noch zahlen müssten, würde die Quote ganz bestimmt sinken. Das kann man faul und bequem finden, dass das Stimmverhalten an einer Briefmarke scheitert oder eben nicht, aber es lohnt sich, in diese Personen zu investieren. Auch die Gemeinde muss ein Interesse an einer möglichst hohen und konstanten Stimmbeteiligung haben und kann es sich nicht leisten, gerade auf die jungen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu verzichten. Unsere Fraktion wird die Erheblicherklärung der Motion unterstützen.

Mario Morger (glp): Als der Gemeinderat die Abschaffung der Portokosten-Übernahme im MZ mitteilte, waren wir schon etwas verwundert. Das Sparpotenzial ist gering und unser erster Eindruck war, dass es sich nicht gehört, bei der direkten Demokratie den Rotstift anzusetzen. Mit etwas mehr Abstand erscheint die Massnahme aber vertretbar. Irgendwo müssen wir mal anfangen zu sparen und hier handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde. Eventuell wird die Stimmbeteiligung leicht zurückgehen, wie die wissenschaftliche Studie zeigt. Das wäre unschön. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass einer politisch interessierten Bürgerin oder einem Bürger das Stimmrecht mehr wert ist als 85 Rappen Portokosten oder einen eingesparten Gang zum Gemeindebriefkasten.

Man kann sich im Zusammenhang mit dem heutigen Geschäft aber schon fragen, wie man die direkte Demokratie in Zollikofen stärken könnte. Denn zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, dass die direkte Demokratie zu einem kleineren Staatshaushalt, zu tieferen Steuerbelastungen und zu einer stärkeren Gewichtung von verursachergerechten Gebühren führt. Ziel führend wäre diesbezüglich aber in erster Linie eine Reduktion der Unterschriftenanzahl für Initiativen und Referenden. Aus gesellschaftsliberaler Sicht wäre es ausserdem wichtig, dass wir in Zukunft stärker darauf hinwirken, dass die demokratischen Prozesse breiter abgestützt werden. Namentlich zu nennen sind Jugendliche und Ausländer/innen. Beide Gruppen profitieren aber nicht von der Übernahme der Portokosten von Abstimmungscouverts.

Insgesamt können die Grünliberalen die Position des Gemeinderats stützen. Wir empfehlen dem Parlament, die Motion Tschanz nicht erheblich zu erklären.

Bruno Vanoni (GFL): Es war interessant, die tiefeschürfenden Argumente dafür und dagegen zu hören. Aber ich möchte etwas ganz Pragmatisches sagen: Wir haben in den letzten Jahren ein Mehrfaches des Geldes, worum es jetzt geht, ins Image unserer Gemeinde gesteckt. In dem der Jahresbericht aufpoliert wurde und jetzt soll die Webseite schöner werden. Das Ganze steht in dem Zusammenhang, dass gewisse Parteien ein wenig den privaten Unternehmen nacheifern möchten. Jedes Unternehmen, das mit mir Kundenkontakt hat oder aufnehmen will und etwas von mir will, schickt ein vorfrankiertes Couvert. Und in dem Sinn appelliere ich an die Parteien, die sich doch sonst gerne an der Privatwirtschaft orientieren, es so zu

machen wie die Unternehmer. Einfach ein vorfrankiertes Couvert senden, damit sie nicht noch das Porto zahlen müssen.

Markus Hadorn (BDP): Ich möchte mich ähnlich wie Bruno Vanoni äussern: Überall werden Dienstleistungen abgebaut, überall regt man sich auf, bei der Post, der Bank, dass der Service public immer weniger wert ist. Auf den einzelnen Bürger gerechnet, eben nicht den Stimmbürger, kostet so ein Porto die Gemeinde 75 Rappen. Bei einem Budget von über 40 Mio. Franken sind die 7'500.00 Franken wirklich ein Tropfen auf den heissen Stein. In dem Sinne bitte ich den Rat, die Motion anzunehmen.

Beschluss (14 Stimmen für Erheblicherklärung, 15 dagegen)

1. Die Motion André Tschanz (EVP) und Mitunterzeichnende betreffend "Übernahme Portokosten bei Abstimmungen und Wahlen" wird nicht erheblich erklärt.
2. Der GGR-Beschluss vom 21. Mai 2003 (Verpflichtungskredit für frankierte Rückantwortkuverts) wird aufgehoben.

68 1.92.1 Motionen

Motion Marceline Stettler (parteilos/GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Das Bärenareal - prädestiniert für eine autoarme und energiepolitisch vorbildliche Überbauung"; Erheblicherklärung

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Das Eintreten auf das Geschäft ist vorgegeben, die Antwort des Gemeinderates liegt vor, das Wort hat die Motionärin.

Marceline Stettler (GFL): Zuerst möchte ich mich beim Gemeinderat für die ausführliche Antwort bedanken, auch wenn sie mich nicht wahnsinnig begeistert hat. Ich hatte gestern Spätdienst und heute Morgen frei und Zeit, Radio zu hören. Vielleicht haben es einige mitbekommen, es gab eine grosse Umweltdebatte mit Beteiligung von SRF, dem Bund, den SBB und einigen mehr. Gemäss der repräsentativen Umfrage von SRF Schweizer Radio und Fernsehen sehen Schweizerinnen und Schweizer die grösste Bedrohung für uns Menschen nicht etwa im Zusammenbruch der AHV, nein, im Klimawandel.

Sie starteten eine Umfrage mit folgender Frage: Mit welchen Massnahmen sind die Menschen bereit, aktiv und persönlich etwas gegen den Klimawandel zu tun? Die Rangliste hat mich erstaunt. Ich würde liebend gerne nun ein entsprechendes Ratespiel machen, aber lassen wir das.

Die meist erwähnte Massnahme war: Mehr ÖV und Velo, weniger Autofahren. Als zweite Sparmassnahme wurde "Strom sparen" erwähnt. Und genau in diese Richtung zielt diese Motion, dieses Ziel ist der ganzen GFL wichtig.

In den Unterlagen vom Fachseminar VCS über die künftige Nachfrage-Entwicklung autofreier Wohnformen von letzter Woche konnte ich Folgendes lesen: Vor zehn Jahren waren autofreie Quartiere noch Neuland, heute sind sie Zeitgeist. Und nach neuester Technologie sind wir in zehn Jahren möglicherweise in selbstfahrenden Vehikeln unterwegs. Zugegeben, das mag utopisch klingen. Aber wenn wir uns vor Augen halten, was Natels oder Kompis vor zehn Jahren «konnten» und was heute möglich ist: Das ist auch Zeitgeist.

Zollikofen darf den Zeitgeist nicht verpassen, Zollikofen soll mitgehen mit der Zeit. Mir ist zu Ohren gekommen, dass heute Mittag im RBS auf der Strecke Bern - Unterzollikofen unter anderem dieses Geschäft diskutiert wurde und zwar so laut, dass es andere Fahrgäste mitbekamen. Es wurde behauptet, dieser Vorstoss wäre zwar gut und recht, aber viel zu früh. Die Planung vom Bärenareal wäre noch gar nicht so weit fortgeschritten. Dies stimmt zwar, aber auch Investoren sind bemüht, diesen Zeitgeist nicht zu verpassen. Die heutigen Mieterinnen und Mieter wollen ein immer breiteres Spektrum an Mobilitätsformen. Sie schätzen die Nähe zum ÖV, wollen sich im Alltag zu Fuss oder mit dem Velo bewegen und buchen ein Auto für gezielte Einsätze. Abgesehen von den Einkaufsmöglichkeiten im Quartier und der Nähe zu Kindergarten und Schule die das Bärenareal in Zollikofen bietet.

"Schliesslich ist es auch eine Frage der Lebensqualität: Wenn es weniger Autos hat, ist das für alle angenehmer." Diese Aussage war in der erwähnten VCS-Studie zu lesen. Für Zollikofen müssten wir die Aussage jedoch etwas korrigieren. Weniger Autos sind wohl nicht realistisch, aber nicht immer mehr Autos.

Ein gewisses Verständnis kann ich für die Argumentation des GR aufbringen, wonach er im Rahmen des Planerlassverfahrens alle Aspekte der Raumplanung wie Siedlung, Verkehr, Landschaft sowie Energie berücksichtigen will und allenfalls einer Interessenabwägung unterzieht.

Wir vertrauen auf dieses Versprechen vom Gemeinderat und wandeln die Motion in ein Postulat um. Damit wollen wir, das heisst die ganze GFL, eine zukunftsorientierte Überbauung ermöglichen. Ich erwähne dies bewusst, weil in der erwähnten Diskussion im RBS behauptet wurde, der Vanoni wolle das, der Vanoni hätte wieder mal dies. Es ist unfair, alles was die GFL unternimmt, immer dem Vanoni in die Schuhe zu schieben: Es ist die ganze GFL, die Sie bittet, der Umwandlung in ein Postulat zustimmen, so dass Zollikofen den Zeitgeist nicht verpasst.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Ich hatte leider heute nicht Zeit, den ganzen Tag Radio zu hören und wenn ich es richtig verstanden habe, waren wir beide auch nicht in diesem Zügli, so dass ich nicht wirklich verstanden habe, wie das gemeint war. Ob das deiner Interpretation, Marceline, entspricht: zu früh im Zeitgeist oder zu früh formell, wie der Gemeinderat argumentiert. Genau das Planerlassverfahren ermöglicht eine sehr hohe Mitwirkung bei den Verfahren und öffentlichen Auflagen. Deshalb möchten wir nicht einen Teilbereich vor dem ordentlichen Verfahren zu früh herausbrechen.

Die Motionärin möchte die Umwandlung in ein Postulat, dann ist es ein Prüfauftrag, der im Rahmen des ganzen Planerlassverfahrens miteinbezogen werden könnte. Einem Postulat würden wir uns also nicht entgegenstellen.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Es geht also nun um die Umwandlung in ein Postulat, die Diskussion ist offen für die Fraktionen.

Monika Flückiger (SP): Die SP-Fraktion hat die Motion unterstützt und somit unterstützen wir ganz klar die Umwandlung in ein Postulat. Es scheint sehr wichtig zu sein, dass man etwas macht. Es ist die letzte grosse Überbauung, die möglich ist und es besteht vielleicht die Chance, dort eine autofreie Variante zu bekommen. Die Lage ist dafür optimal und hervorragend erschlossen.

Niklaus Marthaler (SVP): Ich war heute Morgen auch nicht im Bähnli, trotzdem kommt die Forderung zum jetzigen Zeitpunkt der Projektphase viel zu früh. Es ist überhaupt noch nicht klar, was auf dem Bärenareal gebaut werden soll und was gebaut werden darf. Vorgesehen sind idealerweise Wohnungen, was auch sinnvoll ist, da das Areal sehr zentral gelegen ist. Gut vorstellbar ist, dass es eine Publikumszone mit Läden im Erdgeschoss geben wird. Wenn im vornhinein bereits restriktive Parkiermöglichkeiten herrschen, wird es schwierig werden, Mieter für die Lokalitäten zu begeistern.

Auch die energetischen Vorgaben dürfen im jetzigen Projektstand keine Rolle spielen. Unter Anderem auch, weil auf dem Areal zwei erhaltenswerte Bauten stehen. Falls diese Gebäude nicht abgerissen werden dürfen, müssten diese die Bauherrschaft in Zusammenarbeit mit der Denkmalpflege umbauen und renovieren. Diese alten Häuser sind aber energetisch kaum mehr sinnvoll zu sanieren. Zudem sind solche Sanierungen immer sehr teuer. Falls der Investor für die Überbauung Mietwohnungen vorgesehen hat, werden die Preise dafür entsprechend hoch ausfallen, weit weg von der Idee von bezahlbaren Mietwohnungen in Zollikofen. Darum sollten wir zuerst das Gesamtprojekt des Bärenareals kennen um darauf, im Rahmen des Planerlassverfahrens, mit verschiedenen Möglichkeiten Einfluss nehmen zu können. Die SVP-Fraktion lehnt deshalb die Motion ab.

Andreas Buser (gip): Ich habe die Motion unterschrieben, kann aber den Argumenten des Gemeinderates folgen, der die Umwandlung in ein Postulat unterstützt. Ich schliesse mich dem

an. Ich finde es wichtig, dass man bei diesem sehr gut gelegenen grösseren Bauplatz die energetischen und verkehrstechnischen Fragen prioritär behandelt.

Kornelia Hässig (SP): Ich möchte gerne etwas an die Adresse der SVP sagen. Ich finde es recht lustig, dass der Gemeinderat die Umwandlung entgegennimmt und Sie dies nicht tun wollen. Ich fände es ein schönes Zeichen, dass Sie innerhalb einer Ratsdebatte ihre Meinung auch ändern könnten. Zumindest der Gemeinderat hat dies vertieft geprüft. Es ist eine einmalige Chance, etwas zukunftsgerichtet machen zu können und es ist ein reiner Prüfauftrag. Ich fände es etwas peinlich, dies nicht zu überweisen, wenn der Gemeinderat es entgegennehmen will.

Bruno Vanoni (GFL): Ich bin überrascht über die Argumentation bezüglich der beiden Gebäude, die denkmalgeschützt sein sollen. Es wurden drei Büros mit Planstudien beauftragt und wenn ich mich richtig erinnere, es steht auf der Webseite der Gemeinde, sagten diese Büros, wenn sie die beiden Gebäude erhalten würden, könne man nichts Vernünftiges planen. Worauf man bei der Denkmalpflege angefragt hat und sie signalisierte, dass die Gebäude abgerissen werden können, insofern, und das sind meine Worte, ein "anständiges" neues Gebäude hingestellt wird. Deshalb würde ich gerne den Gemeindepräsidenten oder jemanden vom Gemeinderat fragen, ob ich mich richtig erinnere und ob es noch realistisch ist, dass diese Gebäude überhaupt erhalten werden.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Der Zwischenstand ist mehr oder weniger genauso. Wir haben es nicht schriftlich von der Denkmalpflege verbrieft, dass die erhaltens- oder schützenswerten Gebäude unisono oder ohne weitere Bedingungen zurückgebaut werden können. Das wissen wir erst, wenn wir die Vorprüfung beim Kanton gehabt haben, wo die Mitberichte der Denkmalpflege dann sein werden. Sie werden sich zum Schluss auf das konkrete Projekt beziehen. Niklaus Marthaler von der SPV hat es gesagt, es ist nicht ganz auszuschliessen, dass die Gebäude am Schluss noch da sind. Wir sehen es auch so, dass eine sinnvolle Bebauung mit Rückbau oder Abbruch der Gebäude vollzogen werden kann. Dann kann man energiepolitisch sicher anders dahinter gehen, als wenn sie Bestandteil einer weiteren Überbauung sind. Aber Gewissheit hat man am Schluss erst, wenn wir in der Vorprüfung waren und ganz zum Schluss wenn das Projekt vom Kanton genehmigt wird.

Fritz Pfister (SVP): In Zukunft werden wir ja immer mehr Elektroautos haben. Und wenn wir dann an der Bernstrasse 3 keine Autoeinstellhallenplätze mit Ladestationen realisieren, wäre das eine Fehlinterpretation des Gesamten. Noch etwas an die Adresse von Marceline Stettler: Ich habe heute auch Radio gehört und dort war auch die "Wohlfühloase" Thema. Die Mobilität mit dem Auto stand weit oben auf der Wunschliste. Deshalb finde ich es schade, dass wir uns die Autoeinstellhallenplätze hier verwehren, indem man das Ganze einfach zur autofreien Zone erklärt. Denn es wird nie eine autofreie Zone geben, solange wir eine solche Mobilität haben, wie wir es in der Schweiz aufgebaut haben.

Auch stört mich schon lange, dass das Geld verdienen mit unserer Mobilität bekämpft wird. Mobilität ist unser Wirtschaftsmotor, so sehe ich es als Gewerbler und Unternehmer.

Marceline Stettler (GFL): Der Antrag lautet *"Der Gemeinderat wird beauftragt, die Bauherrschaft im Rahmen der ZPP zur Realisation einer autoarmen, energetisch vorbildlichen zukunftsweisenden Überbauung zu verpflichten."* Wir haben ja verschiedene Möglichkeiten offengelassen, wir haben nie gesagt, dass überhaupt keine Parkplätze gebaut werden sollen, das habe ich auch nicht so gemeint.

Es gibt Überbauungen, die pro Wohnung einen oder einen halben Parkplatz gebaut haben, bei denen sehr gute Erfahrungen gemacht wurden. Es kann autoarm oder eine Kombination der verschiedenen Bauweisen sein, von keinen Parkplätzen redet niemand. Wir haben das extra offengelassen, damit ein gewisser Spielraum vorhanden bleibt.

Stefan Stock (FDP): Ich bin der Meinung, dass die Gemeinde und die Bauherrschaft genügend Auflagen zu befolgen haben, auch in energetischer Hinsicht. Ich lehne die Überweisung daher ab.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Sie haben es gehört: Die Motionärin hat die Motion in ein Postulat umgewandelt. Wir stimmen nun über die Erheblichkeit des Postulates ab.

Beschluss (19 Ja, 14 Nein)

Das Postulat Marceline Stettler (parteilos/GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Das Bärenareal - prädestiniert für eine autoarme und energiepolitisch vorbildliche Überbauung" wird erheblich erklärt.

69 1.92.1 Motionen

Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Freiwilliger Gemeindebeitrag für das Bauprojekt der Blindenschule Zollikofen"; Erheblicherklärung

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Das Eintreten auf das Geschäft ist vorgegeben, die Antwort des Gemeinderates liegt vor, das Wort hat der Motionär.

Bruno Vanoni (GFL): Ich danke für die Antwort des Gemeinderates und auch für die Bereitschaft, die Motion entgegenzunehmen und als erledigt abzuschreiben. Gleichzeitig danke ich für die Zusage des freiwilligen Beitrages, den wir mit dieser Motion eigentlich vorgeschlagen haben. Vielleicht eine kurze Erklärung, warum wir diese Motion überhaupt gemacht haben. Die Sammelkampagne der Blindenstiftung ist schon lange gelaufen. Es wurde bei den verschiedensten Kreisen Geld gesammelt und von der Gemeinde hat man nie etwas gehört. Als dann der Kanton 16 Mio. Franken gesprochen hatte, fanden wir es an der Zeit, dass auch die Gemeinde Farbe bekennt und sagt, was sie freiwillig beitragen will zu dieser wichtigen Institution im Bildungsbereich in Zollikofen.

Auf zwei Punkte möchte ich noch hinweisen. Zuerst ein formeller Punkt: Der Gemeinderat will sie als Richtlinienmotion behandeln, weil sie in seinem Zuständigkeitsbereich sei, abschliessend. Wir haben in der Forderung den Betrag offengelassen und lediglich gesagt, je nach Höhe des Betrages könne dieser dem Grossen Gemeinderat unterbreitet werden. Eine Richtlinienmotion ist also aus unserer Sicht nicht zwingend.

Eine materielle Bemerkung: Wir wünschten einen "angemessenen" Beitrag. Der Gemeinderat hat diesen angemessenen Beitrag bei Fr. 15'000.00 festgelegt und die Zusage gemacht mit dem Erlös aus den Sammlungen pro Jahr. Ich möchte es Ihnen überlassen, ob Sie den Beitrag angemessen finden. Man kann als Vergleich die Firmen betrachten, die der Gemeinderat in seiner Antwort aufgeführt hat. Unter anderem die Securitas mit über Fr. 40'000.00. Auf der Webseite der Blindenschule ist die Burgergemeinde Bern mit Fr. 155'000.00 vermerkt. Auch dort kann man lesen, dass noch Fr. 800'000.00 fehlen, obwohl die Blindenschule seit einem Jahr intensiv am Geld sammeln ist.

Wir sind aber einverstanden mit der Erheblicherklärung und gleichzeitigen Abschreibung der Motion gemäss Antrag des Gemeinderates. Trotz Abschreibung: Wenn sich die Sammelkampagne in die Länge zieht und die Blindenschule Mühe hat, das restliche Geld zusammenzubringen kann die Gemeinde natürlich gerne nochmals mit einem Beitrag weiterhelfen.

Die Blindenschule hat kürzlich den Spatenstich für das Neubauprojekt gemacht und darauf hingewiesen, dass sie eine eigene Webseite für kleinere Spenden gemacht hat. Unter der Adresse "www.spenden.blindenschule.ch" kann man 20, 40 oder 100 Franken spenden. Das Motto ist originell und angelehnt an die Aktion "Jeder Rappen zählt". Bei der Blindenschule ist es die Aktion "Jede Lamelle zählt": Man kann dort Lamellen an verschiedenen Fassaden zu diesen Beträgen spenden.

Beschluss (mehrheitlich)

Die Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Freiwilliger Gemeindebeitrag für das Bauprojekt der Blindenschule Zollikofen" wird erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

70 1.92.3 Interpellationen

Interpellation Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Fragen zum Stand der Schäferei-Überbauung - ausgelöst durch das erste Baugesuch (Baufeld A)"; Antwort

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Das Eintreten auf das Geschäft ist vorgegeben, die Antwort des Gemeinderates liegt vor. Gibt es Ergänzungen. Das ist nicht der Fall. Ist der Interpellant zufrieden?

Bruno Vanoni (GFL): Auch hier Dank für die ausführlichen Antworten auf die zugegebenermassen ausführlichen Fragen. Sie entstanden beim Lesen des Baugesuches, das sehr komplex ist sowie durch Rückmeldungen von Anwohnern, die sich damit befasst haben. Wir verstehen, dass der Gemeinderat wegen des laufenden Bewilligungsverfahrens auf einige Fragen nicht antworten kann. Wir nehmen aber mit Interesse zur Kenntnis, dass verschiedene der aufgeworfenen Fragen im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens genau angeschaut und geprüft werden müssen.

Ich war erstaunt, dass bei der Auflage des ersten Teils der Überbauung die Planung für den öffentlichen Grünraum noch nicht vorlag und ich bin auch erstaunt, dass die Gestaltung eines dieser langen Mehrfamilienhäuser überhaupt nicht den Bildern und dem Wortlaut der Überbauungsordnung entspricht. Aber wir vertrauen darauf, dass dies im Baubewilligungsverfahren jetzt noch genau geprüft wird. Wir bedauern, dass die Bauherrschaft offenbar selber nicht bereit ist, mit Einsprechenden zu reden über die Angelegenheit. Wir sind gespannt auf die Baubewilligung. Eine Anregung: Im Zusammenhang mit dem grossen Bauprojekt Alterszentrum Bernstrasse haben wir gute Erfahrungen gemacht, weil die private Bauherrschaft immer wieder über den Stand der Projektentwicklung informiert hat. Weil die Schäferei umstritten war und weiterhin ist, fänden wir es gut, wenn dort auch eine aktive Informationspolitik erfolgen würde von Seiten Bauherrschaft oder mindestens von Seiten Gemeinde, weil es sie ja auch betrifft, zumindest beim öffentlichen Grünraum.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Das Geschäft ist damit erledigt.

71 1.92.3 Interpellationen

Dringliche Interpellation René Ritter (SVP) betreffend "Ist die Aktion Rotes Tuch kommunalverträglich?"; Antwort

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Das Eintreten auf das Geschäft ist vorgegeben, die Antwort des Gemeinderates liegt vor. Gibt es Ergänzungen? Das ist nicht der Fall. Ist der Interpellant zufrieden?

René Ritter (SVP): Ich hielt die roten Tücher zuerst für einen frühen Weihnachtsschmuck und erfuhr dann, dass es eine Protestaktion der Lehrerschaft ist. So wollte ich abklären, dass auf die Gemeinde keine Kosten zukommen. Immerhin sind die Schulen zu politischer Neutralität verpflichtet und gerade in Zollikofen tragen wir Sorge zu unseren Schulen. Das zeigt auch die heutige Debatte, in welcher die ersten beiden Tranchen für eine Sanierung der Sekundarschulanlage bewilligt wurden.

Mit der Antwort bin ich zufrieden, ich nehme an, dass zutrifft, was darin steht, für mich ist es erledigt.

Petra Spichiger (SP): Ich stelle den Antrag, dass eine Diskussion zugelassen wird.

Beschluss (mehrheitlich)

Der Antrag zur Zulassung einer Diskussion zur Dringlichen Interpellation wird angenommen.

Petra Spichiger (SP): Zuerst herzlichen Dank an René Ritter, der uns mit seiner Interpellation eine weitere Plattform geschaffen hat, um auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Unser Anliegen besteht darin, einen Qualitätsabbau in der Bildung zu verhindern. Seit Jahren werden kantonsweit die Schülerzahlen in den Klassen erhöht, Unterstützungslektionen gestrichen. Im aktuellen Sparpaket sollen im Bildungssektor unter Anderem Finanzierungsbeiträge für die Höhere Fachschule Holz Biel, die Gartenbauschulen Oeschberg und Hünibach, die Hotelfachschule Thun, Brückenangebote und das 10. Schuljahr gestrichen werden. IBEM-Lektionen (das sind Unterstützungsmaßnahmen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen) sollen abgebaut und Lektionen, die zur Flexibilisierung des 9. Schuljahres im Lehrplan 21 vorgesehen sind, noch vor deren Einführung gestrichen werden. Die meisten Massnahmen treffen Kinder und Jugendliche, die in der Schule eher weniger Erfolgserlebnisse verbuchen können bzw. konnten. Wir, ja ich, gehören auch zu diesen Lehrpersonen und ich bin sogar für die roten Tücher am Sekschulhaus verantwortlich. Wir setzen uns mit der Aktion "Sparen in der Bildung ist für uns ein rotes Tuch" für die Kinder ein, damit ihre Zukunftschancen nicht durch einen Qualitätsabbau in ihrer Grundbildung verschlechtert werden. Zollikofen sollte sich darüber freuen, dass ihre Lehrpersonen sich für eine hohe Qualität einsetzen und das Ganze kostenneutral. Apropos Kosten: Diese Dringliche Interpellation hat wohl mehr Kosten verursacht als das Aufhängen der roten Tücher.

Bruno Vanoni (GFL): Ich habe einen Zwischenbericht aus der Grossratsdebatte, die ja auch der Grund für die Dringliche Interpellation ist. Der Gemeindepräsident wäre als Präsident der Finanzkommission prädestiniert, aber ich mache es jetzt parteiisch. Wir waren im Grossen Rat heute weniger erfolgreich als hier drin heute Abend. Heute wurde entschieden, dass zum Beispiel die Kosten für Praktikantinnen und Praktikanten in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Zukunft nicht mehr dem Lastenausgleich angerechnet werden können. Das heisst, die Gemeinde Zollikofen wird früher oder später entscheiden müssen, ob sie die Praktikumsstellen schliesst oder ganz finanziert. Das ist der letzte Entscheid, der heute gefallen ist. Aber nur um zu zeigen, dass es auch Kosten gibt, die vom Kanton aus Spargründen auf die Gemeinden überwältigt werden oder sonst wäre es dann ein Leistungsabbau.

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Das Geschäft ist damit erledigt.

72 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Eingänge

Motion Monika Flückiger und Mitunterzeichnende betreffend "Veloverleihsystem auch für Zollikofen"

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): So, nun darf ich auch noch etwas sagen. Ich möchte mich bei Ihnen für die speditive Mitarbeit im laufenden Jahr bedanken. Es gab relativ viele Geschäfte. Für allfällige Patzer möchte ich mich entschuldigen, es ist nicht ganz so einfach, hier oben zu sitzen. Und auch dafür, dass ich gelegentlich Ratsmitglieder etwas länger als 10 Minuten habe reden lassen, wir hatten doch auch sehr emotionelle Themen wie

die Mehrzwecksammelstelle, der Abriss des Bauernhauses an der Bernstrasse und die Ortsplanungsrevision.

Ein herzliches Dankeschön auch dem Ratsbüro, den beiden Stimmenzählern, meinen beiden Stellvertretern Markus Bacher und Rudolf Gerber, die nicht zum Zug gekommen sind, denn ich habe mir vorgenommen das Amt anzunehmen und demzufolge auch durchzuführen. Danken möchte ich Gemeindeschreiber Stefan Sutter, wir haben zusammen das "Drehbuch", die Vorlage für die Sitzung neu gestaltet, sie ist jetzt hervorragend.

Einen ganz grossen Dank möchte ich Protokollführerin Corinne Roll aussprechen für ihre Art. Wir haben super zusammengearbeitet, sie ist pflichtbewusst und effizient. Corinne wird unsere Gemeinde auf Ende Dezember verlassen. Sie ist 2012 in die Verwaltung eingetreten und war demnach fast sechs Jahre im Dienst der Gemeinde. Sie wird in Biel eine neue Herausforderung als Projekt- und Teamleiterin in der Arbeitsintegration von Flüchtlingen annehmen. Ich denke, das ist ein Applaus Wert (*Anm. d. Protokollführerin: der Ratspräsident überreicht Blumen, es folgt Applaus*).

Corinne Roll, Protokollführerin: Herzlichen Dank für den Applaus und die Blumen. Ich war hier nie fürs Reden sondern fürs Schreiben. Nun möchte ich aber die Chance nutzen um Ihnen mitzuteilen, dass das für mich eine sehr spannende Zeit gewesen ist. Ich habe spannende Menschen kennengelernt, in allen Parteien.

Was ich bewundere: Die Menschen, die hier sitzen, engagieren sich für die Gemeinde Zollikofen und das ist toll. Dafür möchte ich nun Ihnen einen Applaus spenden (*Anm. d. Protokollführerin: Corinne Roll applaudiert dem Grossen Gemeinderat und überreicht im Anschluss dem Präsidenten des Grossen Gemeinderates eine Flasche Wein und einen Blumenstrauss*).

GGR-Präsident Hans-Jörg Rothenbühler (BDP): Herzlichen Dank, ich wünsche uns einen schönen Abend, die Sitzung ist nun definitiv geschlossen.

Markus Hadorn (BDP): Hans-Jörg, ich danke dir vielmals für den Einsatz. Im Namen der BDP möchte ich dir noch etwas überreichen. Wie wir vorher gehört haben, hat Markus im nächsten Jahr eher weniger Zeit und du hast dann eher mehr Zeit (*Anm. d. Protokollführerin: Markus Hadorn überreicht Hans-Jörg Rothenbühler ein Abschiedsgeschenk, es folgt Applaus*).